



AFRIKA/SÜDSUDAN - Afrikanische Bischöfe fordern humanitäre Korridore und Beteiligung der Zivilgesellschaft an Friedensverhandlungen

Juba (Fides) – Die umgehende Schaffung humanitärer Korridore für Hilfsprogramme zugunsten der Zivilisten, die vor den Gefechten im Südsudan fliehen mussten fordern die Bischöfe der AMECEA (Vereinigung der Bischofskonferenzen des Östlichen Afrika) in einer gemeinsamen Erklärung, die dem Fidesdienst vorliegt. „Die internationale Staatengemeinschaft weiß um ihre moralische Pflicht, wenn es um die Hilfe für viele Menschen geht, deren Überleben gefährdet und deren Menschenrechte ernsthaft bedroht sind“, heißt es in dem Dokument. Trotz des in Addis Abeba zwischen den Vertretern der sich seit dem vergangenen 15. Dezember bekämpfenden beiden rivalisierenden Fraktionen der SPLM vereinbarten Friedensabkommens bleibt die Lage in Südsudan weiterhin instabil. Regierung und Rebellen machen sich gegenseitig für Nichteinhaltung des Waffenstillstands verantwortlich.

Die Bischöfe der AMECEA fordert die „Erweiterung des Verhandlungstisches“. An den Gesprächen sollen nicht nur Regierung und Rebellen sondern auch verschiedene Komponenten der Zivilgesellschaft teilnehmen.

Die Unabhängigkeit des Südsudan „war nicht nur ein militärischer Erfolg. Die südsudanesischen Bürger haben vereint für die Freiheit gekämpft. Deshalb muss eine Militarisierung der Verwaltung der staatlichen Angelegenheiten verhindert werden“.

„Die Kirche hat ebenfalls eine wichtige Rolle im Unabhängigkeitskampf gespielt“, so die Bischöfe, die daran erinnern, dass es sich bei den meisten Einwohnern des Südsudan um getaufte Christen handelt: dies sollte den Einheimischen bei der Überwindung ethnischer Konflikte helfen. „Wir bewundern die guten ökumenischen Beziehungen zwischen den Kirchen des Südsudan, die eine prophetisch Rolle bei der Förderung der Einheit des Volkes spielen können“, so die Bischöfe, die das Land der Fürsprache der Jungfrau Maria, Friedenskönigin und Königin Afrikas, anvertrauen.

In der AMECEA schließen sich die Bischofskonferenzen von Äthiopien, Eritrea, Kenia, Malawi, Südsudan, Sudan, Tansania, Uganda e Sambia zusammen. (L.M.) (Fides 27/1/2014)